

PROTOKOLL
der öffentlichen Beiratssitzung 28/2019-2023

DATUM
16.02.2023

BEGINN
19:00 Uhr

ENDE
20:18 Uhr

SITZUNGSORT
Gemeindesaal der ev. Kirchengemeinde Horn

TEILNEHMER*INNEN

Ortsamt: Inga Köstner, Vorsitzende
Charlotte Eckardt, Protokoll

Beirat: Barnabás Adam, Birgit Bäuerlein, Jochen Behrendt, Claus Gülke, Dirk Eichner, Dr. Harald Graaf, Hansjörn Hintmann, Michael Koppel, Dirk Porthun, Hermann Pribbernow, Karola Schmidt, Manfred Steglich, Gudrun Stuck

Entschuldigt: Piet Leidreiter, Marc Liedtke

Gäste: Melanie Küttner (Kreisjugendwerk der AWO),
Benjamin (Tipi) de Beisac (Bund der Pfadfinderinnen und Pfadfinder e.V.)
Daniel Heinemann (CVJM)
Guido Zech (Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa)

TAGESORDNUNG:

1. Begrüßung und Beschluss der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung 27/2019-2023 des Beirates Horn-Lehe vom 17.11.2022
3. **Kinder- und Jugendwelt am Unisee – Sachstand Projektrealisierung**
4. Anträge des Beirates
 - Novellierung der Baumschutzverordnung – Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Antrag vom 02.02.2023)
 - Kita Carl-Friedrich-Gauß-Straße schnellstmöglich vor Einbrüchen schützen – Linke und SPD (Antrag vom 07.02.2023)
 - Sitzungsgeld für Jugendbeiräte – Interfraktionell (Antrag des FA Zukunft vom 07.02.2023)
 - Jugendglobalmittel für das Jahr 2023 - Interfraktionell (Antrag des FA Zukunft vom 07.02.2023)
5. Globalmittel – Vergabe von Beiratsmitteln
6. Wünsche, Fragen und Anregungen der Öffentlichkeit in Stadtteilangelegenheiten
7. Mitteilungen des Beiratssprechers / Ortsamtes
8. Verschiedenes

Zu TOP 1: Begrüßung und Beschluss der Tagesordnung

Frau Köstner begrüßt die Gäste, die Mitglieder des Beirates, die Presse und die Öffentlichkeit zur ersten Beiratssitzung im neuen Jahr. Sie teilt mit, dass keine Globalmittelanträge vorliegen, weswegen der TOP 5 von der Tagesordnung gestrichen werden kann.

Beschluss: Die Tagesordnung wird mit der genannten Änderung genehmigt. **(einstimmig)**

Zu TOP 2: Genehmigung des Protokolls der Sitzung 27/2019-2023 vom 17.11.2022 des Beirates Horn-Lehe

Beschluss: Das Protokoll wird ohne Änderungen/Ergänzungen genehmigt. **(einstimmig)**

Zu TOP 3: Kinder- und Jugendwelt am Unisee – Sachstand Projektrealisierung

Frau Köstner erklärt, dass das Thema Neugestaltung Alter Campingplatz den Beirat Horn-Lehe schon viele Jahre beschäftigt. Die letzte Behandlung in einer Beiratssitzung fand am 17. März 2022 statt, bei welcher das Konzept für die Neugestaltung vorgestellt wurde. Seitdem wurde die Befassung im Senat sowie im Jugendhilfeausschuss, die Freigabe der Gelder im Sommer 2022 und die Abgrillaktion im letzten Herbst mitverfolgt. In der heutigen Sitzung sollen der aktuelle Stand der Arbeiten und der Zeitplan für die nun gestartete erste Projektphase besprochen werden.

Herr de Beisac berichtet, dass es im September 2022 die Gründungsversammlung für den gemeinnützigen Verein „Kinder- und Jugendwelt am Unisee“ gab und er als Vorsitzender und Melanie Küttner als Stellvertretung gewählt wurden. Der Zuwendungsbescheid für die erste Phase des Projektes liegt vor, weswegen derzeit die Grünschnittarbeiten stattfinden können. Insgesamt befindet sich das Projekt gut im Zeitplan.

Herr Zech sagt zu dem Genehmigungsprozess, dass insgesamt 1,528 Millionen Euro aus dem Bremen Fond bewilligt wurden und der Großteil der Summe auch in diesem Jahr fließen soll. Für den aktuellen Projektabschnitt wurden 165.000 Euro für Planungskosten und 79.000 Euro für Holz- und Grünschnittarbeiten und die Gutachten dazu bewilligt. Als nächstes steht eine Baufachtechnische Zuwendungsprüfung an, bei der Mitarbeiter:innen des Senators für Finanzen die Bauvorhaben genauer prüfen. Der Alte Campingplatz befindet sich im Sondervermögen der Stadt Bremen, weswegen die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Häfen für die Prüfung der Zuwendungsanträge zuständig ist. Gerade verhandelt der Verein und die Stadtgemeinde einen neuen Mietvertrag für das Gelände.

Frau Küttner bedankt sich ausdrücklich bei der geschlossenen und langjährigen Unterstützung des Beirates Horn-Lehe. Sie ergänzt außerdem, dass der Verein nun die erste Zuwendungstranche erhalten hat und die Rodungsarbeiten am letzten Wochenende begonnen haben. Dabei sind hauptsächlich Brombeerbüsche entfernt worden, wodurch das Platzangebot fast verdoppelt werden konnte. Leerstehende Camper und Mobilbauten wurden freigeschnitten und sollen demnächst entfernt werden. Außerdem erfolgten Pflegeschnitte und Fällung von Bäumen zur Wiederherstellung der Verkehrssicherheit. Das meiste Holz wird wiederverwertet. Auf dem freigewordenen noch schlechten Untergrund wird Mulch verteilt. Aus Ästen sollen Totholzzäune mit den Kindern gebaut werden.

Herr de Beisac erläutert die nächsten anstehenden Schritte. Bis zum Ende Februar 2023 läuft die Ausschreibung des Auftrages für Architektur- und Planungsbüros. Wenn diese beauftragt sind, erfolgt die Zusammenstellung der Unterlagen für die Baufachtechnische Zuwendungsprüfung. Außerdem erfolgt noch die Ausschreibung für die Erneuerung des Strom- und Abwassernetzes. Die erste Planungsphase, in der Tiny Houses für Gemeinschaftsräume und Sanitäranlagen aufgestellt werden sollen, ist baurechtlich unproblematisch. Die Nachfrage bei den Anbietern ergab, dass die Lieferzeit wohl zwei bis drei Monate beträgt. Nicht zuletzt, weil alle Beteiligten an einem Strang ziehen, ist er zuversichtlich, dass die erste Phase wie geplant Ende des Jahres abgeschlossen werden kann. Frau Küttner ergänzt, dass aktuell auch das Sommerferienprogramm der Jugendverbände geplant wird. Die Arbeit des Vereins läuft nebenher. Alle können auf viel Unterstützung aus ihren Organisationen zurückgreifen.

Herr Gülke möchte wissen, wie viele Camper aktuell auf dem Alten Campingplatz wohnen und ob deren Status geklärt ist. Herr de Beisac antwortet, dass etwa 20 Dauercamper auf dem Platz sind und alle sich schon in einer Absichtserklärung zu den Plänen bekannt haben. Wenn der Verein einen Vertrag mit der Stadt unterschrieben hat, kann dieser mit jedem einzelnen Dauercamper einen Untermietvertrag abschließen. Da man in gutem Kontakt steht, rechnet er mit keinerlei Schwierigkeiten. Herr Zech betont, dass die Camper, die ja durchgängig auf dem Gelände leben,

einen guten Schutz vor Vandalismus bieten. Herr Gülke sagt, dass sich der Beirat über eine Einladung zu einem Besuch vor Ort freuen würde.

Herr Behrendt zeigt sich beeindruckt von den Fortschritten des Vereins und der voraussichtlichen Fertigstellung der ersten Phase noch in diesem Jahr. In der Sitzung am 17. März 2022, als das Thema zuletzt im Beirat behandelt wurde, hat die Jugendschule ihr Konzept vorgestellt und den Wunsch geäußert auf dem Gelände des Alten Campingplatzes eine Kooperation einzugehen. Er möchte wissen, ob noch Gespräche mit der Jugendschule stattfinden. Herr de Beisac sagt dazu, dass es das letzte Treffen Ende des Sommers 2022 gab. Da die aktuelle Neugestaltung des Areals sehr viel Energie benötigt, wurde vereinbart, erst nach Abschluss der Arbeiten zu neuen Sondierungsgesprächen zusammenzukommen. Frau Küttner sagt noch, dass die Jugendschule nicht der einzige denkbare Kooperationspartner ist. Auch die Freunde der Uniwildnis würden sich beispielsweise anbieten. Derzeit sind aber alle sehr ausgelastet, sodass es noch keine weiteren Gespräche gibt.

Frau Schmidt möchte wissen, wie viele Bäume gefällt wurden und wie diese ersetzt werden. Frau Küttner erklärt, dass größtenteils Totholz zurückgeschnitten wurde. Die beauftragte Firma hat 60 Bäume identifiziert, die abgängig waren. Dabei handelte es sich fast ausschließlich um Pappeln und Birken, die schon morsch waren. Der Freiraum tut den verbleibenden Bäumen gut, sodass sie sich jetzt besser entwickeln können. Es hat dort seit etwa 20 Jahren keine Baumpflegearbeiten mehr gegeben. Mit den Kindern werden einige Obstbäume oder Hecken nachgepflanzt, wenn das Gelände fertig entwickelt ist.

Ein Bürger möchte wissen, ob der Verein Kinder, Wald und Wiese auf das Gelände des Alten Campingplatzes ziehen wird. Herr de Beisac berichtet, dass es aktuell dazu keine Verhandlungen gibt, der Verein Kinder- und Jugendwelt am Unisee dazu aber gesprächsbereit ist.

Der Beirat nimmt die Ausführungen im Weiteren zur Kenntnis und dankt den Beteiligten für ihr Engagement.
--

Zu TOP 4: Anträge des Beirates

- Novellierung der Baumschutzverordnung – Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Antrag vom 02.02.2023)

Frau Stuck erläutert, dass der Antrag aufgrund der Mitteilung im Dezember 2022 über die Baumfällungen auf Privatgrundstücken initiiert wurde. Dieser ist unabhängig und parallel zu dem Antrag der Grünen-Bürgerschaftsfraktion zum besonderen Schutz einiger Bäume gestellt worden. Ihrer Fraktion geht es neben der Unterschutzstellung von mehr Bäumen auch um die Konkretisierung der Zahl der Nachpflanzungen. Bremen hat eine der schwächsten Baumschutzverordnungen in ganz Deutschland. Herr Behrendt konkretisiert, dass nicht nur die Liste der Baumfällungen ausschlaggebend für den Antrag war, sondern auch die Mitteilungen zu Baumfällungen, die regelmäßig im Bauausschuss zur Kenntnis gegeben werden.

Herr Gülke sieht in dem Antrag der Grünen eine Wahlkampfaktion. Auch die CDU hat sich immer für den Schutz und Erhalt von Bäumen eingesetzt. Besonderer Schutz kann selbstverständlich nicht bei Gefährdung der Verkehrssicherheit gelten. Keiner der Beiräte ist Experte auf diesem Gebiet, weswegen er die Festlegung einer genauen Zahl für Nachpflanzungen kritisch sieht. Er sieht den Antrag als Prüfauftrag zum Hinterfragen der aktuellen Rechtslage und kann sich unter diesem Gesichtspunkt dem Antrag anschließen.

Herr Eichner ruft in Erinnerung, dass Ersatzpflanzungen im öffentlichen Raum zum Teil nur in einem sehr weiten Umkreis vom Ausgangspunkt erfolgen können und deswegen oft nicht direkt nachvollziehbar sind. Eine Nachpflanzung von fünf Bäumen für eine einzige Fällung ist auf privatem Gelände oft nicht umsetzbar. Wo sollen die Nachpflanzungen dann erfolgen? Frau Stuck antwortet, dass diese dann auf öffentlichem Grund stattfinden sollen. Herr Graaf merkt an, dass sich die Stadt durch eine solche Regelung dann nicht aus ihrer Pflicht zurückziehen soll.

Außerdem möchte er wissen, ob eine Unterstützung anderer Beiräte sinnvoll wäre. Frau Stuck sagt, dass dieser Punkt in der Fraktion noch nicht besprochen wurde, aber eine Unterstützung natürlich hilfreich wäre.

Beschluss: Der Beirat Horn-Lehe bittet die zuständige senatorische Behörde SKUMS, §9 der Baumschutzverordnung vom 03.06.2014, Brem. GB S.263, zu novellieren:

- Die Anzahl der Nachpflanzungen muss deutlich erhöht werden.
- Die Ausgleichs- oder Ersatzpflanzungen von geschützten Bäumen werden je nach Baumart und Stammdicke gestaffelt und damit neu festgelegt. Die Umfänge der zu schützenden Bäume werden jeweils bei 100cm über dem Erdreich gemessen. Ab einem Stammumfang von 80cm muss nachgepflanzt werden. Ab einem Stammumfang von 200cm müssen mindestens 5 Bäume nachgepflanzt werden.
- Es werden mehr Bäume unter besonderen Schutz gestellt. Hierbei ist zu prüfen, welche Baumarten viel CO₂ speichern und so von besonderer Bedeutung sind. Hecken und die Alleen werden ebenfalls geschützt.
- Das geforderte Bußgeld für nicht eingehaltene Ersatzpflanzungen muss deutlich erhöht werden.

Begründung:

- Ein großer Baum produziert je nach Art die durchschnittliche Menge an Sauerstoff für ungefähr 20 Menschen. Ein nachgeplanter junger Baum braucht viele Jahre, bis er annähernd so viel CO₂ wie ein alter und großer Baum binden kann.
- Das Ausmaß der verpflichtenden Ersatzpflanzungen wird in § 9 bisher nicht konkret genug formuliert. Es müssen klarere Vorgaben zur Zahl und ggf. auch Stammumfang der Nachpflanzungen gemacht werden.
- Die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben muss durch ein empfindlich hohes Bußgeld sichergestellt werden.
- Das Land Bremen hat im Ländervergleich eine der schwächsten Baumschutzverordnungen. **(einstimmig)**

- Kita Carl-Friedrich-Gauß-Straße schnellstmöglich vor Einbrüchen schützen – Die Linke und SPD (Antrag vom 07.02.2023)

Herr Steglich erläutert, dass in den letzten vier Wochen in die Kita Carl-Friedrich-Gauß-Straße zwei Mal eingebrochen wurde. Auch in den Jahren zuvor gab es immer wieder Einbrüche. Die Kita-Leitung ist verzweifelt an den Beirat herangetreten, da es von der Bildungsbehörde derzeit keine Vorschläge für eine Verbesserung der Lage gibt.

Herr Koppel fragt dazu, wie die Kita bisher auf die Einbrüche reagiert hat. Frau Köstner sagt, dass die Vorfälle an KiTa Bremen weitergegeben wurden, die sich als Träger mit der Bildungsbehörde und mit Immobilien Bremen für einen besseren Schutz auseinandersetzen muss. Konkrete Schritte zur Sicherung sind ihr aber nicht bekannt. Die Kita-Leitung hat um Unterstützung des Beirates gebeten, weil sie dies hilfreich für die weiteren Gespräche mit KiTa Bremen und der senatorischen Behörde findet.

Beschluss: Der Beirat fordert die Senatorin für Kinder und Bildung in Zusammenarbeit mit KiTa Bremen und Immobilien Bremen auf, die KiTa in der Carl-Friedrich-Gauß-Straße einbruchssicherer zu machen.

Denkbar wären beispielsweise der Einbau einer Alarmanlage oder der Anbau von Außenjalousien. Der Beirat steht anderen, kurzfristig umzusetzenden Maßnahmen aufgeschlossen gegenüber und bittet um geeignete Vorschläge.

Begründung:

Innerhalb der letzten vier Wochen wurde in der städtischen KiTa Carl-Friedrich-Gauß-Straße in Horn-Lehe zweimal eingebrochen. Einmal wurde eine Tür

eingetreten, beim zweiten Einbruch eine Fensterscheibe aufgehebelt. Leider war die Einrichtung in der Vergangenheit bereits mehrmals Ziel von Einbrechern. Zwar war bei den letzten Einbrüchen die Ausbeute verhältnismäßig gering, der Sachschaden hingegen relativ groß, genauso wie die emotionale Betroffenheit von Kindern, Eltern und KiTa-Leitung.

Im umfangreichen Betreuungsangebot des Kinder- und Familienzentrums werden die Kinder im Rahmen einer offenen Konzeption mit Stammgruppensystem in ihrer Lernentwicklung begleitet. Hierfür richten das KiTa-Leitungsteam und die pädagogischen Fachkräfte gemeinsam mit Kindern und Eltern die Räume nach inhaltlichen Bildungsschwerpunkten ein. Umso bedauerlicher ist es dann, wenn die KiTa aufgrund eines unzureichenden Einbruchschutzes Opfer von Dieben wird und Räume durchwühlt werden. **(einstimmig)**

- Sitzungsgeld für Jugendbeiräte – Interfraktionell (Antrag des FA Zukunft vom 07.02.2023)

Herr Adam erklärt, dass der Antrag auf ausdrücklichen Wunsch des Jugendbeirates im Beirat abgestimmt wird, damit er mehr Reichweite erhält. In der gemeinsamen Sitzung des Jugendbeirates und dem Fachausschuss Zukunft, Kultur, Stadtteilentwicklung und Jugendbeteiligung am 07. Februar 2023 wurde auch über einen Zusatz diskutiert, nach dem die Höhe des Sitzungsgeldes angepasst wird, wenn die Höhe für die Beiratsmitglieder steigt. Der Antrag wird ohne diesen Zusatz abgestimmt.

Beschluss: Der Senat der Freien Hansestadt Bremen wird aufgefordert, analog zur Regelung für Beiräte durch die Verordnung über Pauschsätze nach dem Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter, auch gewählten Mitgliedern von Jugendbeiräten in der Stadtgemeinde Bremen ein Sitzungsgeld zu gewähren. Für die Teilnahme an Sitzungen des Jugendbeirates, sowie von möglichen Ausschüssen des Jugendbeirates wird ein Sitzungsgeld in Höhe von 10 € je Sitzung vorgeschlagen. Für die Teilnahme an Sitzungen der Beirätekonzferenz als stimmberechtigtes Mitglied wird gefordert, dass ein Sitzungsgeld gezahlt werde, das in seiner Höhe mit dem Sitzungsgeld übereinstimmt, welches Beiratsmitgliedern in derselben Funktion gewährt wird.

Begründung: Jugendbeiratsmitglieder verwenden einen nicht unerheblichen Teil ihrer Freizeit auf ihr ehrenamtliches politisches Engagement. Das vorgeschlagene Sitzungsgeld bedeutet eine stärkere Förderung und Wertschätzung dieser freiwilligen und gesellschaftlich bedeutenden Arbeit. Die Förderung des Ehrenamtes und politischen Engagements, gerade auch von Jugendlichen, ist erklärtes Ziel der Politik, sowohl auf kommunaler, Landes- als auch Bundesebene. **(einstimmig)**

- Jugendglobalmittel für das Jahr 2023 - Interfraktionell (Antrag des FA Zukunft vom 07.02.2023)

Die Senatskanzlei soll mit dem Beschluss aufgefordert werden, die Jugendbeiräte an der Erarbeitung der Verteilungskriterien zu beteiligen, erläutert Herr Adam. Es wird ausdrücklich die Kommunikation in diesem Jahr kritisiert. Es hat für die Stadtteile Kürzungen gegeben, ohne Rücksprache mit den Kinder- und Jugendvertretern und entgegen der Ankündigung Ende letzten Jahres. Herr Graaf erklärt, dass das Budget für die Jugendgremien jedes Jahr leicht steigt, es jedoch auch immer mehr Jugendbeiräte oder –foren gibt, weswegen in diesem Jahr der Sockelbetrag für alle gekürzt wurde und der Kriterienanteil mehr ins Gewicht gefallen ist.

Herr Koppel sieht auch ein Problem darin, dass die Mittel nicht steigen entsprechend der Anzahl der Jugendgremien. Deswegen schlägt er vor, den Antrag mit einer entsprechenden Aufforderung für die kommenden Jahre zu ergänzen. Herr Behrendt unterstützt den Vorschlag. Er sagt, dass es die nachteiligen Auswirkungen für Horn-Lehe durch die Verteilung von finanziellen Mittel nach

sozialen Kriterien auch in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit gibt. Außerdem findet er die Definition von Jugendlichen in dem Fall problematisch, da nur diejenigen zwischen 15 und 18 Jahren gezählt werden. Frau Köstner betont, dass der Antrag vorsieht, dass die Jugendlichen selbst die Kriterien für die Verteilung erarbeiten sollen. Herr Adam ergänzt, dass in der Begründung des Antrages explizit der Aussage der Senatskanzlei, dass durch den Kriterienanteil soziale Ausgleichlichkeit hergestellt werden soll, widersprochen wird.

Beschluss: Verteilung der Jugendglobalmittel 2023 überarbeiten und die Jugendbeiräte/-foren bei der Ausarbeitung neuer Kriterien beteiligen.

Der Beirat Horn-Lehe fordert die Senatskanzlei auf, die Kriterien der Verteilung der Jugendglobalmittel zu überarbeiten und die Jugendbeiräte/-foren bei der Ausarbeitung neuer Kriterien zu beteiligen

Für die kommenden Haushaltsjahre erwartet der Beirat Horn-Lehe, dass bei steigender Anzahl der Jugendbeiräte und -foren die Gesamtmittel im Verhältnis aufgestockt werden.

Begründung:

Mit Irritation musste der Fachausschuss Zukunft, Kultur, Stadtteilentwicklung und Jugendbeteiligung des Beirates Horn-Lehe erfahren, dass die Jugendglobalmittel des Jugendbeirates Horn-Lehe im Vergleich zum Vorjahr von 4.553,94 € um 21,2 Prozent auf 3.589,74 € gekürzt wurden. Dies steht in keinem Verhältnis zu den Kürzungen bei anderen Jugendvertretungen, die meist nur im niedrigen zweistelligen Prozentbereich liegen.

Die Kommunikation der Senatskanzlei mit dem Jugendbeirat muss zudem auch stark bemängelt werden. Der Beirat wurde vor vollendete Tatsachen gestellt und eine Informationsveranstaltung fand nur mit einiger Verzögerung statt. Bei solch gravierenden Änderungen erwarten wir eine Beteiligung des Jugendbeirats.

Als Begründung der Kürzungen werden neben der Gründung zahlreicher neuer Jugendbeiräte, neue Kriterien, die als Basis der Verteilung dienen, aufgeführt. So erhalten die Jugendbeiräte neben einem Grundbetrag einen sogenannten Kriterienanteil. Dieser Kriterienanteil errechnet sich aus den Einwohnern zwischen 15 und 18 Jahren des jeweiligen Stadtteils. Diese neuen Kriterien sind aus Sicht des Fachausschusses mangelhaft und spiegeln nicht die Realität der Jugend und der Jugendbeteiligung Horn-Lehes wider.

Es ist fraglich, ob nur 15- bis 18-jährige als Jugendliche angesehen werden können. Der Fachausschuss sieht hingegen alle 12- bis 18-Jährigen als Jugendliche an. Eine Definition, wer als Jugendlicher zählt, muss aber auch mit den jeweiligen Jugendvertretungen geklärt werden. Weiterhin wird durch die Kriterien impliziert, dass Projekte des Jugendbeirates nur den in Horn-Lehe wohnenden Jugendlichen zugutekommen. Dies ist mitnichten der Fall. Horn-Lehe verfügt über zahlreiche Schulen, die von Schülern des gesamten Stadtgebietes besucht werden und ihnen einen zweiten Lebensmittelpunkt bieten. Folglich werden Projekte des Jugendbeirates von Jugendlichen aus dem gesamten Stadtgebiet genutzt. Schließlich ist eine gewisse "soziale Ausgewogenheit" ist nicht gegeben, da nur einwohnerstarke Stadtteile bevorzugt und alle weiteren Faktoren vernachlässigt werden. Gerade im Stadtteil Horn-Lehe gibt es eine starke soziale Spaltung, die insbesondere für Jugendliche aus benachteiligten Familien problematisch ist, da Bildungsungerechtigkeiten auch innerhalb der Schulen durch Diskriminierung und sozialem Ausschluss reproduziert wird (welche Kleidung trage ich? Wie ist mein Habitus? Kriege ich Zuhause Unterstützung beim Erledigen von Hausaufgaben? etc). Schüler*innen, die auf diese Weise markiert sind, werden von Lehrer*innen meist schlechter bewertet. Auch solche komplexen Probleme müssen in den Kriterien berücksichtigt werden. Daher fordert der Fachausschuss Zukunft des Beirates Horn-Lehe die Senatskanzlei auf, die Kriterien der Verteilung der Jugendglobalmittel zu

überarbeiten und die Jugendbeiräte/-foren bei der Ausarbeitung neuer Kriterien zu beteiligen.
 Die Jugendbeiräte/-foren leisten einen bedeutenden Beitrag zur Beteiligung Jugendlicher an demokratischen Prozessen und in ihrer Vertretung in den Stadtteilen. Die aktuelle Verteilung der Jugendglobalmittel sowie die Kommunikation der Senatskanzlei spiegelt die Bedeutung Jugendbeiräte nicht wider und zeugt von mangelnder Wertschätzung für die in den Jugendbeiräten geleistete Arbeit. **(einstimmig)**

Zu TOP 6: Wünsche, Fragen und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten ./.

Ein Bürger erkundigt sich nach der Webseite vom Runden Tisch Geflüchtete in Horn-Lehe. Diese sei nicht mehr aktuell. Frau Köstner bestätigt, dass die externe Webseite aus Zeitgründen aktuell nicht mehr gepflegt wird. Der Runde Tisch Geflüchtete wird voraussichtlich am 21. März 2023 das nächste Mal stattfinden.

Zu TOP 7: Mitteilungen des Beiratssprechers / Ortsamtes

Datum	Uhrzeit	Veranstaltung	Ort
21.02.2023	15 Uhr	Sozialer Arbeitskreis Alter in Horn-Lehe	Diele Ortsamt
23.02.2023	18 Uhr	FA Soziales und Sport	DAV Kletterzentrum
27.02.2023	10 Uhr	Eröffnung Feuerwache 7	Hochschulring (Anmeldung bis 20.02.2023 im Ortsamt)
27.02.2023	18 Uhr	FA Klima, Umwelt und Verkehr	Diele Ortsamt
28.02.2023	18.30 Uhr	Austausch Werbegemeinschaft "Wir in Horn-Lehe - Gemeinsam stark!"	Stadtteiffiliale der Sparkasse Bremen
16.03.2022	18.30 Uhr	Beirat (nichtöffentlich)	Freiwillige Feuerwehr Lehester Deich

Frau Stuck schlägt vor, dass die Sitzung des Beirates am 16. März 2023 öffentlich stattfinden soll. Frau Köstner erwidert, dass dies in Absprache mit der Freiwilligen Feuerwehr entschieden wurde, unter anderem, weil die Räumlichkeiten dort sehr begrenzt sind. Herr Koppel schlägt eine vorherige Anmeldung und Begrenzung der Plätze für die Öffentlichkeit vor. Frau Köstner muss dies mit der Freiwilligen Feuerwehr absprechen.

Zu TOP 8: Verschiedenes ./.

Inga Köstner
- Vorsitz -

Dr. Harald Graaf
- Beiratssprecher -

Charlotte Eckardt
- Protokollführerinnen -